Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 67. | Donnerstag, 21. März | 1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingesandt) 150 Pf. Preisermäßigg. auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Se. Majestät der Kaiser wird nach einer dem Wiener Oberstholm isteramt gemachten amtlichen Meldung aus Berlin Sonnabend, den 23. März, vormittags um 11 Uhr in Wien eintreffen, um Kaiser Franz Joseph auf der Durchreise nach dem Süden zu besuchen.

*

Nachrichten aus guter Quelle, die der „Agence Havas" aus Tripolis zugegangen sind, stellen kategorisch in Abrede, daß die Türken in der Schlacht bei Benghasi eine große Niederlage erlitten hätten. Der Kampf sei lediglich ein Gefecht gewesen, in dem die Türken und Araber 90 Tote und Verwundete hatten.

*

Die persische Regierung hat nach einer Meldung aus Teheran alle Punkte der russisch-englischen Note vom 18. Februar befriedigend beantwortet.

*

Der „Kölnischen Zeitung" zugegangene Meldungen aus Bluefield in Nicaragua besagen, die nicaraguanische Regierung habe ein Dynamitkomplott zur Ermordung des Staatssekretärs Knox entdeckt. Eine Anzahl hervorragender Nicaraguaner werde hingerichtet werden.

*

In Dunmore in Pennsylvanien wurde ein Haus durch eine Dynamitbombe in die Luft gesprengt. Acht Bewohner wurden getötet.

*

Durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerke in Mc. Curtin (Oklahoma) wurden 85 Bergleute von der Außenwelt abgeschnitten. Feuer und Rauch hindern das Rettungswerk.

Amtlicher Teil.

Dresden, 21. März. Se. Majestät der König sind gestern abend 10 Uhr 15 Min. nach Wien gereist.

Ihre Königl. Hoheit Frau Prinzessin Johann Georg, Herzogin zu Sachsen, ist gestern abend 9 Uhr 48 Min. von Berlin hierher zurückgekehrt.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Bankdirektor Emil Schreyer in Plauen den Titel und Rang als Kommerzienrat, dem Buchhalter bei der Vogtländischen Bank in Plauen Conrad Schiffmann das Albrechtskreuz und dem 1. Kassenboten daselbst Klug die Friedrich August-Medaille in Silber zu verleihen.

Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs hat das Finanzministerium beschlossen, den Wohnsitz des Vorstandes des Forstbezirks Bärenfels einschließlich des Sitzes der Oberforstmeisterei Bärenfels für die Zeit vom 1. April dieses Jahres ab von Freiberg nach Bärenfels zu verlegen. 691 Forstr. A

Dresden, am 12. März 1912.

Finanzministerium. 2015

Die beim Ministerium des Innern verwaltete

Max-Richard-Stiftung

gewährt alljährlich einer kurbedürftigen, mittellosen, im Königreiche Sachsen staatsangehörigen Person — Kinder nicht ausgeschlossen —, die in Kissingen oder einem anderen bayerischen Bade Heilung sucht, eine Unterstützung von 200 M. Nach Befinden kann diese Unterstützung auch zum Gebrauche eines sächsischen, eines anderen deutschen oder eines österreichischen Bades gewährt oder auch unter mehrere Bedürftige verteilt werden.

Angehörige der Amtshauptmannschaft Grimma (Stadt und Land) erhalten bei sonst gleicher Berechtigung den Vorzug.

Gesuche sind

bis zum 20. April 1912

an die IV. Abteilung des Ministeriums des Innern zu richten unter Beifügung

1. eines ärztlichen Zeugnisses über die Krankheit und Notwendigkeit des Kurgebrauches in dem betreffenden Bade,
2. des Nachweises der sächsischen Staatsangehörigkeit,
3. einer amtlichen Bescheinigung über Unbescholtenheit, Mittellosigkeit, sowie über die Alters-, Erwerbs- und Familienverhältnisse des Nachsuchenden.

Nach den Stiftungsbestimmungen kann **nicht** berücksichtigt werden, wer **festes Einkommen** aus **Gehalt, Pension** oder einer **Rente** bezieht.

Doch sollen Personen, die festes Einkommen aus einer Privatstellung beziehen, nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Die Jahres-Einnahmen und Ausgaben der Stiftung mit einem Stammkapitale von 7299 M. 42 Pf. betrugen:

330 M. 60 Pf.	Kassenbestand aus 1910,
238 „ 85 „	Zinsen im Jahre 1911,
569 M. 45 Pf.	Summe der Einnahmen.
319 M. 82 Pf.	Summe der Ausgaben.
249 M. 63 Pf.	Kassenbestand Ende 1911. 2019

Dresden, am 16. März 1912. 468 IV C

Ministerium des Innern, IV. Abteilung.

Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses

Freitag, den 29. März 1912,

vormittags ½12 Uhr,

im Sitzungssaale der Königlichen Kreishauptmannschaft — Schloßstraße 34/36, II. Geschoß —.

Die Tagesordnung hängt im II. Geschoß des Dienstgebäudes zur Einsicht aus. 547 I

Dresden, den 19. März 1912. 2025

Königliche Kreishauptmannschaft.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 21. März. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Johann Georg und Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde wohnten heute nachmittag mit den Damen und Herren vom Dienst dem vom Stadtbaurat Prof. Erlwein ½6 Uhr im Festsaale des neuen Rathauses gehaltenen Vortrage über die geplante künftige Gestaltung des Königsufers auf Neustädter Seite bei.

Deutsches Reich.

Zum Rücktritt des Staatssekretärs Wermuth

schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

Die „National-Zeitung" hat in ihrer Nummer vom Dienstag Andeutungen gemacht, als ob der Rücktritt des Staatssekretärs Wermuth eine zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrum abgekartete Sache gewesen ist. Hr. Wermuth habe vor acht Tagen noch nicht gewußt, daß längst alles abgemacht gewesen sei. In der Redaktion der „Germania" sei man über sein nahes Schicksal besser informiert gewesen, als er selbst es war. Das Blatt spricht in diesem Zusammenhang von einer ungeheuerlichen Provokation, in der sich die Politik des Reichskanzlers gefalle. Alles, was hier gesagt ist, ist dreiste Erfindung.

Das Ende des Bergarbeiterausstandes im Ruhrrevier.

Zu diesem Gegenstand schreibt die „Köln. Zeitung":

Mit diesem Beschluß der Bochumer Revierkonferenz hat der Alte Bergarbeiterverband seine Niederlage in dem Kampfe, den er vor neun Tagen mit so großen Erwartungen begonnen hat, unumwunden zugegeben. Und dieses Zugeständnis, geschlagen worden zu sein, und die Bereitschaft, den Kampf aufzustecken und ihn nicht bis zum Verbluten weiterzuführen, ist vielleicht das einzig Erfreuliche in dem Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes während der letzten Wochen und Monate. Alles, was man von ihm gehört hatte, war dazu angetan, ihm die Sympathien zu rauben. Niemand leugnet ja heute mehr, daß der Organisationsgedanke in der Arbeiterschaft gesund, berechtigt und notwendig ist. Und eine lange Geschichte hat bewiesen, daß unsere Arbeiter mit ihrem gewerkschaftlichen Zusammenschluß ganz Bedeutendes für ihre Stellung und für ihr Einkommen erreicht haben. Aber ebenso unbestreitbar ist es auch schon bisher gewesen, daß sich die Interessen der großen Arbeiterverbände, der Gewerkschaften, keineswegs immer mit den Interessen der Arbeiter, geschweige denn der Arbeit schlechthin deckten, und daß die Ziele der Organisationen häufig ganz anderswo lagen als wo die der Arbeiterwohlfahrt zu suchen sind. Aber den reinsten Beweis für diese Tatsache hat doch diese jüngste Phase der deutschen Arbeiterbewegung, dieser kurze Streik im Ruhrrevier, geliefert.

Die sozialdemokratische Organisation glaubte diesen Streik für ihre Entwicklung nötig zu haben. Sie kam mit der Zahl ihrer Anhänger in den letzten Jahren nicht mehr recht vorwärts. Und auch ihre Kassen wollten sich nicht mehr füllen. Nach alten Erfahrungen hoffte sie mit einem Streik, auch mit einem mutwillig vom Zaune gebrochenen Streik, ihr Schild wieder glänzend machen zu können. Dazu kamen dann noch die verhängnisvollen Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei, die in den letzten Jahren enger und immer enger geworden sind, und die, wie die Verhandlungen in den Parlamenten bewiesen haben, in diesem Falle völlig ineinander laufen. Und die Partei wollte nicht weniger als die Organisation diesen Kampf um jeden Preis. Nachdem die Wahlen geschlagen waren, glaubte die Partei in den Arbeiterbezirken etwas in die Augen springendes leisten zu müssen. Und als der Streik in England begann, da glaubte man den rechten Zeitpunkt gekommen und schlug los. So verlangten Gewerkschaft und Partei unbedingt diesen Kampf, den das Interesse, das reine Berufsinteresse der Arbeiter, ebenso entschieden ablehnen mußte.

Das einzige, was ein solchen umfassenden, auch die nationale Wohlfahrt berührenden Arbeitskampf in den Augen des Volkes rechtfertigen konnte, das waren die Rücksichten auf den Arbeitsverdienst, waren die Klagen über die ungenügenden Löhne. Aber den Beweis für die Berechtigung dieser Klagen waren die Arbeiterorganisationen von vornherein der Öffentlichkeit schuldig geblieben. Es mag zugegeben werden, daß vielleicht die Höhe des Verdienstes, wie sie in der Zeit der Hochkonjunktur von 1907 erklommen worden war, in diesem Jahre noch nicht völlig erreicht war. Aber es handelte sich doch nur um eine ganz geringe Spanne, eine Spanne, die teils schon ausgefüllt war, und teils in den nächsten Wochen ausgefüllt werden sollte. Die Arbeiter hatten die bestimmten Zusicherungen, daß mit dem Tage der Kohlenpreiserhöhung auch ihr Anteil am Bergbaugewinn wieder in die Höhe steigen würde; und auch von den Arbeitnehmern wagte niemand, dieses Zugeständnis ernstlich zu bezweifeln. Und weil man den guten Willen der Unternehmer, den Lohnforderungen allmählich gerecht zu werden, nicht bestreiten konnte, verlegte man sich darauf, ganz übertriebene Forderungen zu stellen. Daß diese Forderungen von den eigenen Leuten nicht ernst genommen worden sind, und daß sie nur als Schein- und Drohforderungen aufzufassen waren, das hat sich im Laufe dieser Woche schon gezeigt, als überall, während noch die Knappen im Kampfe waren, bald hier und bald dort die Vertreter der Organisation von diesen Forderungen erhebliche Abstriche machten und, wo sie ehemals 15 Proz. verlangt hatten, auch mit 10 oder gar 8 Proz. sich zufrieden erklärten.

Diese übertriebenen Lohnforderungen der Arbeiter, dieser fadenscheinige Deckmantel wurde aber noch fadenscheiniger, als sich die Zechenbesitzer bereit erklärten, in den Arbeiterausschüssen auch über die Lohnforderungen zu verhandeln. Daß auch dieses Zugeständnis die sozialdemokratische Organisation nicht befriedigen konnte, war der schlagendste Beweis für den politischen Charakter des Ausstands und schlug in der öffentlichen Meinung dem Fasse den Boden aus.

Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband als solcher, und nicht etwa die verhetzten Bergarbeiter, haben die empfindliche Niederlage davongetragen. Und diese Niederlage beschränkt sich auch nicht auf den Alten Bergarbeiterverband, sie greift in ihren ganzen Wirkungen auf die Sozialdemokratische Partei über, die der Generalissimus dieser Aktion war, welche die Lorbeeren aus diesem Kampfe heimzutragen hoffte und die jetzt die Prügel einzustecken hat. Die Partei der 4¼ Mill. Wähler war zu übermütig geworden.

Reichstag.

Sitzung vom 20. März 1912.

Am Bundesratstische: Staatssekretär Dr. Delbrück und der Präsident des Reichs-Gesundheitsamts Dr. Bumm.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wurde bei dem Kapitel „Gesundheitsamt" fortgesetzt.

Ab. Dr. **Burckhardt** (wirtsch. Vgg.): Was einem jüdischen Mediziner passiert ist, widerfuhr kürzlich auch einem christlich-nationalen Kandidaten bei einem liberal verwalteten Krankenhause. Ich danke dem Staatssekretär für seine Erklärung dazu. Eine schärfere Weinkontrolle ist wünschenswert, wenn auch anzuerkennen ist, daß das neue Weingesetz erhebliche Vorteile gebracht hat. Wie steht es mit der Regelung des Apothekenwesens?

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Über die Änderung des Apothekengesetzes, die durch Landesgesetz erfolgen muß, schweben gegenwärtig die Vorverhandlungen, da zunächst bestimmte Vollmachten auf Grund der Gewerbeordnung nötig sind. Ich werde mich alsbald mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen.

Abg. Dr. **Graf v. Posadowsky-Wehner** (wild): Die Chlorkalifabriken führen ihre Endlaugen, die große Mengen von Magnesium enthalten, in die Flüsse; es kommen namentlich in Betracht die Wupper, Unstrut, Saale und die Elbe bis Magdeburg. Das Gutachten des Gesundheitsamts, daß eine Verhärtung des Wassers bis auf 50 Grad zulässig sei, hat ernste Befürchtungen in der dortigen Bevölkerung wachgerufen, denn es steht fest, daß eine Härte von 45 Grad auf die Dauer für die Gesundheit des Menschen und des Viehs nichtzuträglich ist. Die Brunnen werden vielfach aus den Flußläufen gespeist und die Tatsache, daß das dortige Trinkwasser einen starken Chlorgeschmack hat, führt zu den größten Bedenken. Bei der Industrie entsteht dadurch, daß dieses Wasser den Ansatz von Kesselstein in großem Maße herbeiführt, eine nicht zu unterschätzende Explosionsgefahr und Betriebsschädigung. Die Tatsache, daß die Stadt Magdeburg in einem Prozeß in dieser Angelegenheit schon ganz ungewöhnlich hohe Kosten aufgebracht hat, die für einen Privatmann unerschwinglich